

**Sandra Redmann und Olaf Schulze:**

## **Politik gegen den Klimawandel erfordert auch finanziellen Mut**

*Zu den Pressemeldungen im Vorfeld des Kopenhagener Klimagipfels, dass auch die USA erstmals konkrete Zahlen über die geplante Reduzierung der Treibhausgase und damit auch über erforderliche Gelder für den Klimaschutz vorlegen wollen, sagen die umweltpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Sandra Redmann, und der klimaschutzpolitische Sprecher Olaf Schulze:*

„Das Zeitfenster, innerhalb dessen wir die schlimmsten Auswirkungen des Klimawandels noch abwenden können, schließt sich zusehends“, sagte kürzlich der Direktor des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung (PIK), Hans Joachim Schellnhuber. Bis 2020 könne man die Erhöhung des Meeresspiegels noch aufhalten. Danach seien Naturkatastrophen die Konsequenz aus jahrelanger Nachlässigkeit.

Diese besorgniserregende Entwicklung ist eine Herausforderung für das globale und lokale Handeln. Es ist eine gute Nachricht, dass US-Präsident Barack Obama laut US-Medien nun doch Klimaschutzziele der USA vor der Konferenz in Kopenhagen präsentieren will. Diese Kehrtwende sollte ein richtungsweisendes Zeichen für ein noch entschlosseneres Handeln in Schleswig-Holstein sein.

Der Kampf gegen den Klimawandel erfordert Mut auch zu finanziellen Anstrengungen – trotz leerer Staatskassen in unserem Land. Dabei dürfen nicht nur Deiche gebaut und Windräder errichtet werden: Die Wende im Klimawandel beginnt in den Köpfen. Auch in Kiel dürfen Themen wie die Bildung für nachhaltige Entwicklung oder die Eine-Welt-Politik nicht unter die Räder blinder Kürzungsmaßnahmen geraten. Wie schwer diese Einsicht für die CDU ist, haben wir in der Großen Koalition erleben müssen. Wenn nun die Landesregierung nach den Worten des Ministerpräsidenten in Zukunft nur noch das fördern will, was direkt der Wirtschaft nützt, heißt das übersetzt: Mehr Gehalt für die HSH-Manager, Steuersenkung für Hotelbetriebe und wieder Fördergelder für ein besseres „Ploppen“ von Bierflaschen, aber kein Geld für z. B. die engagierte Arbeit im FÖJ und in der Eine-Welt-Politik. Das ist genau das Gegenteil von verantwortungsvoller Politik gegen den Klimawandel.